



## Umverteilen

Nicht nur um Lohn lässt sich kämpfen, sondern auch um Zeit. Das Kapital weiß das sehr gut – die Gewerkschaften stehen vor Auseinandersetzungen um die Dauer der Lohnarbeit. Beiträge zu einer drängenden Debatte

ACHT SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 20. SEPTEMBER 2017 · NR. 219 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Kaderschmiede

Ohne CDU keine AfD. In Sachsen werden Verflechtungen sehr deutlich. Interview mit Klaus Bartl

3

### Märchenschloss

Abgehoben: Das »begehbare Wahlprogramm« der CDU in Berlin und die Frage nach dem »wir«

4

### Tropensturm

Nach dem Hurrikan »Irma« folgt nun »Maria«. Bewohner von Inseln ergreifen Schutzmaßnahmen

6

### Dampftramme

Betriebsratsfresser Naujoks vertritt chinesischen Unternehmer beim Wettbieten um Air Berlin

9



# Feuer frei für Trump

Senat will Kriegshaushalt auf 700 Milliarden Dollar erhöhen – mehr als der US-Präsident gefordert hatte. 3.000 weitere Soldaten für Afghanistan. Von Knut Mellenthin

Bald noch mehr davon: Donald Trump am 15. September auf der Joint Base Andrews Naval Air Facility mit einem F-35-Kampffjet

Die Zeichen stehen auf noch mehr Krieg. Etwa 700 Milliarden Dollar sollen die USA im Haushaltsjahr 2018 für »Verteidigung« ausgeben. Das sieht der am Montagabend vom Senat verabschiedete Gesetzentwurf zum Haushalt vor. Wird der Plan verwirklicht, bekommen die Streitkräfte rund 15 Prozent mehr Mittel als im Haushaltsjahr 2016 und sechs Prozent mehr als 2017. Mit dem neuen Etat soll nicht nur die Anschaffung von neuen F-35-Kampffjets, Schiffen und Panzern finanziert werden. Darin enthalten sind unter anderem auch 500 Millionen Dollar an »Sicherheitshilfe« für die Ukraine, die auch Waffenlieferungen einschließt. Außerdem schicken die USA mehr als 3.000 zusätzliche Soldaten nach Afghanistan. Die meisten von ihnen seien bereits auf dem Weg dorthin oder hätten ihren Marschbefehl erhalten, sagte US-Verteidigungsminister James Mattis am Montagabend.

Die mehr als 1.000 Seiten umfassende Vorlage des Senats muss noch mit der Fassung vereinheitlicht werden, die vom Abgeordnetenhaus schon am 27. Juli beschlossen wurde. Offiziell beginnt das neue Haushaltsjahr am 1. Oktober. In beiden Versionen wird mehr bewilligt, als Präsident Donald Trump gefordert hatte. Die Senatoren billigten den Gesetzentwurf mit der großen Mehrheit von 89 gegen neun Stimmen. Das Abstimmungsergebnis im Abgeordnetenhaus war 235 gegen 192.

Einem Bericht der *New York Times* vom Montag zufolge sieht der vom Senat gebilligte Gesetzentwurf Sockelausgaben in Höhe von 640 Milliarden Dollar vor. Darin enthalten sind neben den festen Ausgaben für den Unterhalt von Anlagen, Beschaffungsmaßnahmen und Lohnzahlungen an die Angehörigen der Streitkräfte auch mehrere Milliarden für das Atomwaffenprogramm. Hinzu gerechnet werden muss der besondere Fonds des Pentagon für

die laufenden Kriegsausgaben, den der Senat mit 60 Milliarden Dollar ausstatten will. Das scheint im wesentlichen Trumps Antrag zu entsprechen, während die geplanten Grundaussgaben um 37 Milliarden über der Forderung des Präsidenten an den Kongress liegen.

Neben der Waffen- und Ausrüstungshilfe für die Ukraine sieht der Entwurf des Senats auch 100 Millionen Dollar vor, um die Balkanstaaten bei der »Abwehr der russischen Aggression« zu unterstützen. Israel soll, zusätzlich zu der 2016 langfristig vereinbarten Militärhilfe von durchschnittlich 3,8 Milliarden Dollar jährlich, im neuen Haushaltsjahr weitere 705 Millionen für gemeinsame Raketenabwehrprogramme erhalten. Das sind 558 Millionen mehr als von Trump gefordert. Vor dem Hintergrund der nordkoreanischen Atomwaffenentwicklung sind im Etatentwurf des Senats 8,5 Milliarden Dollar für den Ausbau der hauptsächlich in Alaska stationierten US-amerikanischen Raketen-

abwehr vorgesehen. Das sind 630 Millionen mehr als von Trump beantragt.

Beide Gesetzentwürfe aus dem Kongress halten ebenso wie die Ausgangsforderungen des Präsidenten die 2011 beschlossene allgemeine Beschränkung der Staatsausgaben nicht ein. Kongress und Präsident könnten sich, wie schon unter Barack Obama, auf verschiedene Mogeleyen einigen, oder – sofern eine ausreichende Zahl von Demokraten mitspielt – die Ausgabenbremse aufheben.

Ebenfalls am Montag teilte Verteidigungsminister Mattis bei einer Pressekonzferenz im Pentagon mit, dass die USA ihre Truppen in Afghanistan um 3.000 Soldaten aufstocken wollen. Deren Gesamtstärke läge dann bei über 11.000 Mann. Auf dem Höhepunkt der NATO-Intervention im Jahr 2011 hatten dort allein die USA rund 100.000 Soldaten im Einsatz.

■ Siehe Kommentar Seite 8

## Friedliche Lösung für Korea-Krise gefordert

New York. China und Russland haben erneut zu einer friedlichen Lösung des Atomkonflikts mit Nordkorea aufgerufen. Die Außenminister beider Länder forderten bei einer Zusammenkunft anlässlich der UN-Vollversammlung in New York dazu auf, den »Teufelskreis« auf der Koreanischen Halbinsel zu durchbrechen, wie das chinesische Außenministerium am Dienstag mitteilte. Russlands Außenminister Sergej Lawrow sagte demnach, die russische Position sei mit der chinesischen »komplett identisch«. Zum Auftakt der Generaldebatte bei den Vereinten Nationen hat UN-Generalsekretär António Guterres vor der Gefahr eines Krieges mit Nordkorea gewarnt. Der Konflikt müsse mit politischen Mitteln gelöst werden, mahnte Guterres am Dienstag in New York vor der Versammlung von rund 130 Staats- und Regierungschefs. (AFP/JW)

■ Siehe auch Seite 7

## Beamtenbund klagt gegen Tarifeinheitsgesetz



Karlsruhe. Der Beamtenbund DBB klagt gegen das Tarifeinheitsgesetz von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Das teilte der Vorsitzende der Organisation, Klaus Dauderstadt (Foto), am Dienstag in Berlin mit. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Klagen des DBB und anderer Gewerkschaften gegen die seit rund zwei Jahren geltende Neuregelung im Juli weitgehend abgewiesen. Es machte aber Vorgaben für die Anwendung des Gesetzes und forderte eine Nachbesserung. Dauderstadt bekräftigte, dass der DBB das Gesetz für einen »Eingriff in die Koalitionsfreiheit« hält, also in das grundgesetzlich garantierte Recht von Erwerbstätigen, sich zusammenzuschließen. Laut der Regelung gilt bei konkurrierenden Tarifverträgen in einem Betrieb nur der Abschluss der mitgliederstärksten Gewerkschaft. (dpa/JW)

# 40 Millionen Opfer moderner Sklaverei

UN-Arbeitsorganisation: Fast drei Viertel der Betroffenen sind weiblich, 25 Prozent Kinder

Mehr als 40 Millionen Menschen sind einer Schätzung von Menschenrechtsgruppen zufolge weltweit Opfer moderner Sklaverei. Dies geht aus einem am Dienstag von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der Vereinten Nationen, der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und der »Walk Free Foundation« veröffentlichten Bericht hervor. Sie leisten der Studie zufolge gegen ihren Willen in Fabriken, auf Baustellen, Farmen und Fischerbooten Zwangsarbeit oder wer-

den als Prostituierte oder Hausangestellte ausgebeutet. 15 Millionen der erfassten Personen wurden zur Heirat gezwungen. Fast drei Viertel der Betroffenen (71 Prozent) sind weiblich, ein Viertel ist minderjährig. Im Bereich der Zwangsprostitution sind 99 Prozent weiblich und 21 Prozent Kinder. Die ILO und die Walk Free Foundation erhoben für die Schätzung Daten in 48 Ländern und interviewten mehr als 71.000 Menschen.

Die ILO legte zudem Schätzungen vor, denen zufolge 152 Millio-

nen Kinder – 64 Millionen Mädchen und 88 Millionen Jungen – im Alter zwischen fünf und siebzehn Jahren durch Erwerbstätigkeit ihre Familie mit ernähren. Das sind zehn Prozent aller Minderjährigen. 71 Prozent der Kinderarbeiter sind in der Landwirtschaft tätig, 17 Prozent im Dienstleistungssektor und zwölf Prozent in der Industrie. Die meisten von ihnen leben in Afrika (72,1 Millionen), gefolgt von Asien und dem Pazifik (62 Millionen), dem amerikanischen Kontinent (10,7 Millionen), Europa

und Zentralasien (5,5 Millionen) und den arabischen Staaten (1,2 Millionen). Geschätzt ein Drittel der arbeitenden Kinder im Alter zwischen fünf und 14 Jahren gehen nicht zur Schule. 38 Prozent in dieser Altersgruppe verrichten gefährliche Arbeiten. Fast zwei Drittel der 15- bis 17-jährigen Arbeiter müssen mehr als 43 Stunden pro Woche schuften.

Die neuen Daten wurden zur Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York präsentiert.

(jw)

**jw** wird herausgegeben von 2.071 Genossinnen und Genossen (Stand 15.8.2017)

www.jungewelt.de/lpg

